



Brüssel, den 17.9.2020
SWD(2020) 178 final

**ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN
KONSULTATION DER INTERESSENTRÄGER (ÜBERSICHT)**

**Zusammenfassender Bericht über die Ergebnisse der Konsultationen zum Klimazielplan
für 2030**

Begleitunterlage zur

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Mehr Ehrgeiz für das Klimaziel Europas bis 2030
In eine klimaneutrale Zukunft zum Wohle der Menschen investieren**

{COM(2020) 562 final} - {SEC(2020) 301 final} - {SWD(2020) 176 final} -
{SWD(2020) 177 final}

Zusammenfassender Bericht über die Ergebnisse der Konsultationen zum Klimazielplan für 2030

1. Einführung

Vor dem Hintergrund des europäischen Grünen Deals, der darauf abzielt, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, führte die Kommission Konsultationen zu dem Vorhaben durch, die Zielvorgabe der EU für die Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 anzuheben.¹ Vom **18. März bis zum 15. April 2020** bestand die Möglichkeit, zu der Folgenabschätzung in der Anfangsphase in Bezug auf den Klimazielplan für 2030 Stellung zu nehmen. Eine öffentliche Konsultation wurde in Form einer Online-Umfrage durchgeführt, die zwölf Wochen lief (**vom 31. März bis zum 23. Juni 2020**). Die Kommission beauftragte einen Auftragnehmer² mit der Erstellung eines Berichts, in dem die Ergebnisse der Online-Umfrage, einschließlich der eingereichten Positionspapiere, ausgewertet werden. Die Ergebnisse sind in diesem Bericht enthalten. Die ursprünglich geplanten Workshops und Ad-hoc-Sitzungen mit den Interessenträgern wurden aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen wegen COVID-19 gestrichen.

2. Folgenabschätzung in der Anfangsphase

Bei der Kommission gingen 1095 Reaktionen ein, die sich hinsichtlich der geografischen Verteilung, Art der Teilnehmer, Größe der beitragenden Organisationen und behandelten Themen unterscheiden. Die meisten Beiträge kamen von **Bürgerinnen und Bürgern**, und zwar überwiegend aus der EU (712 von 772 Bürgerbeiträgen). Die übrigen Beiträge stammen von verschiedenen **Organisationen**, überwiegend aus dem **Unternehmenssektor** (174 Beiträge), von **NROs und Umweltverbänden** (101 Beiträge), **akademischen Einrichtungen** (19 Beiträge) und **öffentlichen Behörden** (13 Beiträge).

In der überwiegenden Mehrheit der Beiträge wird die im Grünen Deal vorgeschlagene Änderung der Emissionsreduktionen (50-55 % der THG-Emissionen Europas bis 2030) nachdrücklich befürwortet oder es werden noch höhere Reduktionen vorgeschlagen.

¹ Die Einzelheiten der öffentlichen Konsultation sind abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12265-2030-Climate-Target-Plan/public-consultation>.

² Dienstleistungsvertrag Nr. 340201/2020/827061/SER/CLIMA.C.1. Konsortium bestehend aus Trinomics, Ricardo und Tyrsky.

Zu den **besonders** hervorgehobenen **Schwerpunktbereichen** gehören ein gerechter Übergang, Energieeffizienz, angemessene Finanzierungsinstrumente und Investitionen, Klimagerechtigkeit und Klimasolidarität, Abkehr von fossilen Brennstoffen, erneuerbare Energie, Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ (CCUS), Verlagerung von CO₂-Emissionen, die Rolle der Wissenschaft und der CO₂-Haushalt, Abkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch usw. Auch das Thema **COVID-19** wurde von mehreren Teilnehmern angesprochen.

3. Öffentliche Konsultation

3.1. Überblick über die Teilnehmer

Zu der öffentlichen Konsultation gingen **insgesamt 3915 Beiträge** aus **26 Mitgliedstaaten** ein. Weitere **116 Beiträge** kamen aus Drittländern. **3302 Beiträge** stammten von **Privatpersonen** und **729 von Organisationen**.

Abbildung 1. Herkunftsland

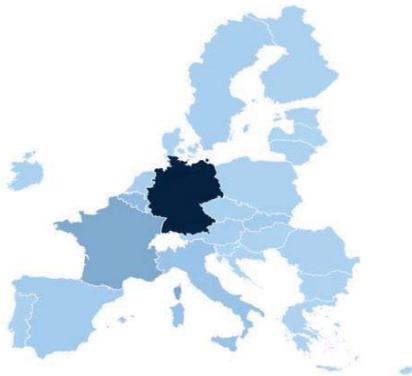
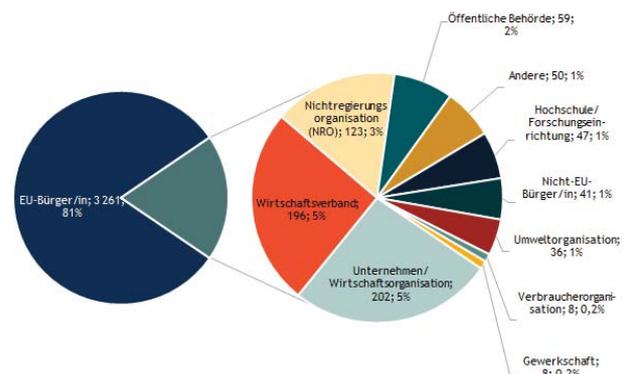


Abbildung 2. Arten der Interessenträger



Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, kamen die meisten Beiträge aus Deutschland (53 %, 2136 Teilnehmer) und Frankreich (13 %, 521 Teilnehmer). Nach Privatpersonen leisteten Unternehmens-/Wirtschaftsorganisationen, Wirtschaftsverbände und NROs die meisten Beiträge (13 %, 521 Teilnehmer) (vgl. Abbildung 2). Die Teilnehmer waren hauptsächlich in den **Bereichen** Bildung (23 %, 823 Teilnehmer) sowie Verkehrs- und Nachrichtenübermittlungsdienste (10 %, 379 Interessenträger) tätig.

In insgesamt **14 Mitgliedstaaten** antworteten **nationale Behörden** auf die Konsultation zum Klimazielpfad für 2030; **fünf der Beiträge** stammten von der **Regierungs- und/oder Gesetzgebungsebene** (Niederlande, Finnland, Dänemark, Tschechien, Frankreich), während sieben von **ministerieller Ebene** kamen (Zypern, Bulgarien, Litauen, Estland, Ungarn, Spanien und die Slowakei). Zusätzliche Beiträge kamen von **ministerieller Ebene aus zwei Drittstaaten** (Norwegen, Brasilien). Zu den sonstigen staatlichen Behörden,

die Stellung nahmen, gehörten **mehrere Bundesländer** der Bundesrepubliken Deutschland und Österreich, die flämische Regierung und **zwei Fachinstitutionen auf nationaler Ebene** (deutsches Umweltbundesamt und französisches nationales Zentrum für Waldbesitz (Centre National de la propriété forestière)).

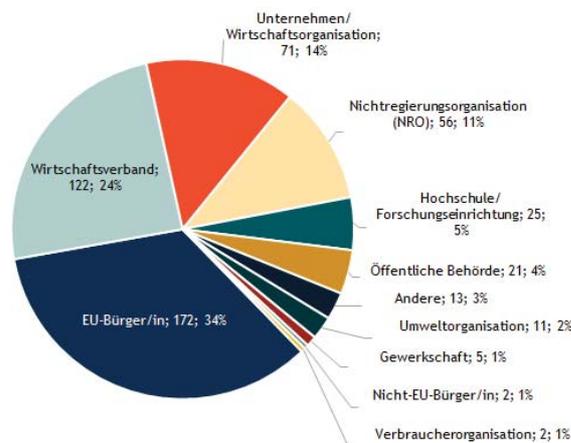
Von den nationalen Behörden der EU-Mitgliedstaaten sprachen sich sechs dafür aus, das Klimaziel für 2030 auf 55 % anzuheben (niederländische und finnische Regierung, Regierung und Parlament von Dänemark, spanisches Ministerium für ökologischen Übergang und demografischen Wandel und französische Regierung). **Eine nationale Behörde eines EU-Mitgliedstaats befürwortete eine Anhebung des Klimaziels für 2030 auf 50 %** (slowakisches Umweltministerium). Im Gegensatz dazu würden sechs **nationale Behörden von EU-Mitgliedstaaten als Klimaziel lieber unverändert** eine THG-Reduktion um 40 % beibehalten (tschechische Regierung, slowakisches Wirtschaftsministerium, Umweltministerien von Litauen und Estland, bulgarisches Ministerium für Verkehr, Information, Technologie und Kommunikation und zyprisches Ministerium für Energie, Handel und Industrie). **Zwei Behörden von Mitgliedstaaten machten keine Angaben zum bevorzugten Klimaziel**, nahmen jedoch ausführlicher Stellung: Das bulgarische Energieministerium hält eine weitere Überarbeitung des THG-Emissionsreduktionsziels für 2030 für angebracht, sofern eine eingehende Bewertung der Auswirkungen auf nationaler, regionaler und EU-Ebene vorliegt. Das Ministerium für Innovation und Technologie Ungarns führt an, dass eine solche Anhebung des Ambitionsniveaus auf EU-Ebene eine weitreichende Dekarbonisierung in den Sektoren Energie, Verkehr, Wärme und Kälte sowie Industrie voraussetzt, was nach wie vor höchste Priorität haben muss.

Unter den ermittelten **Vorteilen** einer Anhebung des Klimaziels für 2030 nannten die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten insbesondere Folgendes: Sie würde die Chance bieten, unseren Teil dazu beizutragen, den Planeten zu retten und damit unsere Pflicht gegenüber zukünftigen Generationen zu erfüllen, sie würde einen allmählicheren Weg ermöglichen, um bis 2050 die Klimaneutralität der EU zu erreichen, sie würde dazu beitragen, die mit dem Klimawandel verbundenen Kosten für die Gesellschaft zu verringern, sie würde eine wachsende EU-Wirtschaft auf der Grundlage neuer Produktions- und Verbrauchsmodelle gewährleisten, usw. Als **Herausforderungen** im Zusammenhang mit ehrgeizigeren Klimazielen wurde Folgendes genannt: Sie werden erhebliche Investitionen für die Industrie in der EU darstellen, sie werden wahrscheinlich zu einem Strukturwandel und sich wandelnden Qualifikationsanforderungen in der Wirtschaft führen, sie können zu einer erheblichen Umverteilung von Arbeitskräften zwischen Sektoren, Berufen und Regionen führen, sie werden zu einer kürzeren Vorlaufzeit für die

Ausarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen und die Anpassung der Wirtschaftsakteure führen.

Sowohl im Rahmen der öffentlichen Konsultation als auch der Folgenabschätzung in der Anfangsphase konnten **zusätzliche Papiere** übermittelt werden. Insgesamt kamen **500** freie Beiträge von 491 Teilnehmern. Abbildung 3 ist zu entnehmen, welche Arten von Teilnehmern zusätzliche Papiere übermittelt haben.

Abbildung 3. - Arten von Interessenträgern, die freie Beiträge übermittelten



233 freie Beiträge wurden zur Auswertung ausgewählt. Beiträge zur Folgenabschätzung in der Anfangsphase oder doppelte Antworten von Interessengemeinschaften waren nicht darunter.

3.2. Methode der Datenverarbeitung

Da die Fragen in der Online-Umfrage fakultativ waren, beziehen sich die nachstehenden Prozentsätze auf alle Teilnehmer, die die betreffenden Fragen beantwortet haben. Bei einigen Fragen konnten die Teilnehmer Optionen in eine Rangfolge bringen (1-5 bzw. 1-8). Zu diesen Abstufungen enthält der Bericht die Zahlen für die Kategorie mit dem höchsten Rang, da dies auf die höchste Unterstützung hindeutet.

Die Positionspapiere wurden durch Katalogisierung verarbeitet. Aus jedem Papier wurden Daten in eine Datenbank eingegeben, die Schlüsselthemen und Informationen aus dem Papier und vom Verfasser bereitstellt.

Anhand der Antworten auf offene Fragen und der freien Beiträge zur Umfrage wurden einige Interessengemeinschaften identifiziert. Die größte Interessengemeinschaft (8 %, 329 Teilnehmer), die überwiegend aus Privatpersonen bestand, befürwortete ehrgeizigere Klimaziele und einen

gemeinsamen CO₂-Preis. Eine zweite Interessengemeinschaft (<1 %, 40 Teilnehmer), die ebenfalls überwiegend aus Privatpersonen bestand, forderte eine Überarbeitung der Methode zur Berechnung der THG-Emissionen des Agrarsektors. Eine dritte Interessengemeinschaft (<1 %, 35 Teilnehmer), die vorwiegend von NROs unterstützt wurde, verlangte Kohärenz mit dem Übereinkommen von Paris und einen stärkeren Fokus auf die Kosten von Untätigkeit. Eine vierte Interessengemeinschaft (<1 %, 20 Teilnehmer), bestehend aus Privatpersonen, schlug eine Klimadividende für Bürger als Mechanismus zur Bepreisung von CO₂ vor.

3.3. Fragebogen

Der Fragebogen bestand aus zwei Teilen: Im ersten wurden allgemeine Stellungnahmen eingeholt und im zweiten wurden sachverständige Interessenträger um ihre Meinung zu bestimmten politischen Maßnahmen gebeten.

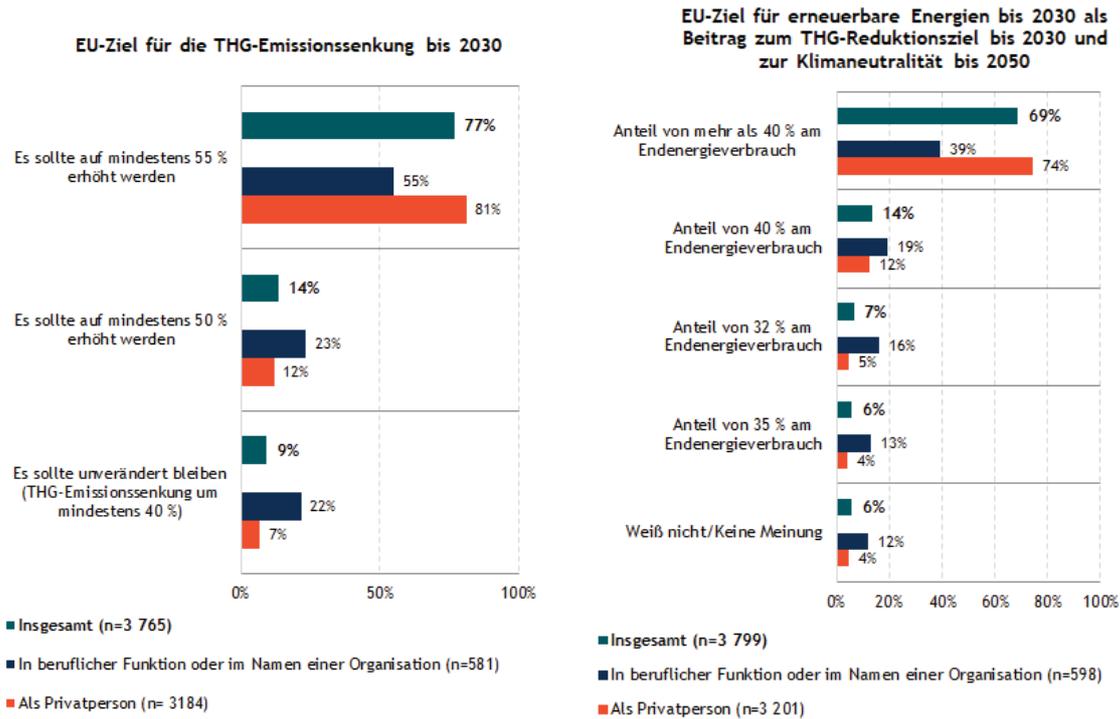
3.3.1. TEIL I - Allgemeine Stellungnahmen

Der erste Teil des Fragebogens bezog sich auf die allgemeinen Klimaziele bis 2030, sektorale Maßnahmen und grundlegende Bedingungen.

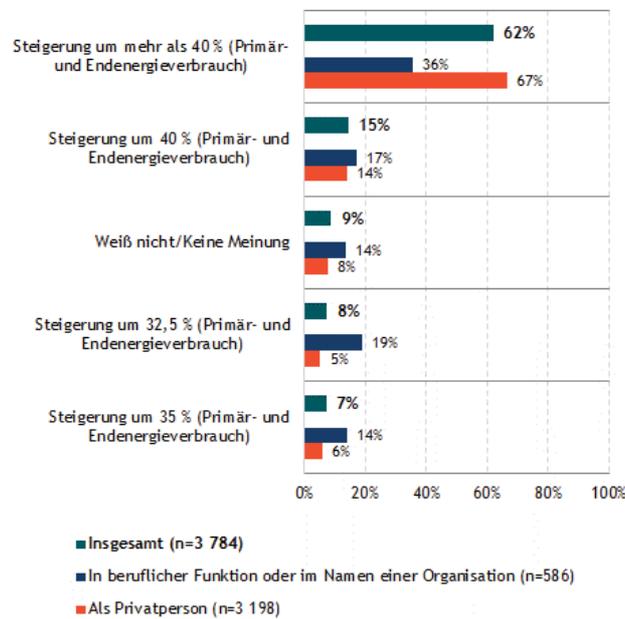
Allgemeine Klimaziele bis 2030, Chancen und Herausforderungen

Abbildung 4 enthält die Beiträge in Bezug auf verschiedene Ziele. Was das **THG-Reduktionsziel der EU** anbelangt, waren die meisten Teilnehmer der Meinung, dass es auf 55 % angehoben werden sollte (77 %, 2904 Teilnehmer). Die meisten Teilnehmer (69 %, 2613 Teilnehmer) meinten, das derzeitige Ziel für **erneuerbare Energien** (32 %) sollte auf einen Anteil von mehr als 40 % angehoben werden. Ebenso wurde bei der Steigerung der **Energieeffizienz** eine Anhebung auf mehr als 40 % gegenüber dem derzeitigen Ziel (32,5 %) befürwortet (62 %, 2345 Teilnehmer).

Abbildung 4. Stellungnahmen zu den Klima- und Energiezielen der EU für 2030



EU-Ziel für Energieeffizienz bis 2030 als Beitrag zum THG-Reduktionsziel bis 2030 und zur Klimaneutralität bis 2050



Die wichtigste Chance für das Erreichen ehrgeizigerer Klimaziele ist nach Angaben der Teilnehmer die Verringerung der Umweltverschmutzung, um die Gesundheit und das Wohlergehen zu verbessern (14 %, 3081 Teilnehmer), während als wichtigste Herausforderung der Verlust von Arbeitsplätzen, die nicht Teil des Übergangs sind (20 %, 2084 Teilnehmer), gesehen wird.

Insgesamt hatten die Teilnehmer den Eindruck, dass die Chancen die Herausforderungen überwiegen (84 %, 3299 Teilnehmer).

Sektorspezifische Maßnahmen und Potenzial zur Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030

Die Teilnehmer stufte Maßnahmen auf den Gebieten Energieversorgung (48 %, 1705 Mal höchster Rang) sowie Mobilität und Verkehr (16 %, 547 Mal höchster Rang) als die wichtigsten für das Gelingen des Übergangs ein. In Tabelle 1 sind die wichtigsten Stellungnahmen zur Rolle der verschiedenen Sektoren bei der Verwirklichung höherer Klimaziele der EU zusammengefasst.

Tabelle 1. Rolle verschiedener Sektoren und Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele der EU nach den Präferenzen der Teilnehmer

Bevorzugte Beiträge nach Sektoren	Zustimmung der Teilnehmer (in % aller Antworten pro Frage; Anzahl der Teilnehmer)
Energie	
Höherer Anteil erneuerbarer Energien im Energiesystem	18 %; 3213
Fossile Brennstoffe	
Schrittweise Einstellung der öffentlichen Unterstützung für Investitionen im Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen	16 %; 2925
Einstellung der Nutzung von Erdgas, da es zu Problemen (Lock-in-Effekte) bei der Zielerfüllung führen wird	59 %; 2265
Gebäude	
Verbesserung der thermischen Eigenschaften von Wohngebäuden	40 %, 1426 (höchster Rang)
Anwendung von Energiemanagementsystemen für Nichtwohngebäude	40 %, 1426 (höchster Rang)
Industrie	
Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft	63 %, 2245 (höchster Rang)
Straßenverkehr	
Verbesserung der Erschwinglichkeit nachhaltiger Verkehrsmittel	57 %, 1993 (höchster Rang)
Beseitigung von Hindernissen für die Verfügbarkeit von Lade- und Betankungsinfrastruktur	31 %; 2755
Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft	
Nachhaltige Forstwirtschaft, Wiederherstellung und Erhaltung von Wäldern	12 %; 2981

Grundlegende Voraussetzungen und sonstige politische Maßnahmen

Ein Abschnitt des Fragebogens konzentrierte sich auf die grundlegenden Voraussetzungen und sonstigen politischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um das THG-Reduktionsziel für 2030 zu erreichen. Er betraf

Verbraucherentscheidungen, den gerechten Übergang und Beschäftigung, die CO₂-Bepreisung und die Forschungsfinanzierung.

Zu den am häufigsten gewählten **Verbraucherentscheidungen** zur Emissionsminderung gehörten weniger Flugreisen (18 %, 3110 Teilnehmer) und weniger Autofahrten (17 %, 2976 Teilnehmer).

In Bezug auf **gerechten Übergang und Beschäftigung** betrachteten die Teilnehmer als wichtigste Maßnahme die wirtschaftliche Diversifizierung und Modernisierung weg vom Einsatz fossiler Brennstoffe (26 %, 2659 Teilnehmer).

Bei der **CO₂-Bepreisung** vertraten die meisten Teilnehmer die Auffassung, dass die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für die Finanzierung des Einsatzes grüner Technologien und des Aufbaus einer emissionsarmen Mobilitätsinfrastruktur verwendet werden sollten (27 %, 2799 Teilnehmer).

Schließlich wählten die Teilnehmer Energiespeicherung (12 %, 2423 Teilnehmer) und eine kreislauforientierte, CO₂-freie Industrie (12 %, 2405 Teilnehmer) als die wichtigsten **Forschungsbereiche**, die staatlich gefördert werden sollten.

3.3.2. TEIL II - Spezifische Politikgestaltung

Der zweite Teil des Fragebogens bezog sich auf die Gestaltung der Klima- und Energiepolitik und die Einbeziehung von Drittländern. Zu diesem Abschnitt gingen insgesamt 1599 Beiträge ein (40 % aller Teilnehmer, 1141 von Privatpersonen, 458 von Vertretern einer Organisation).

Gestaltung der Klima- und Energiepolitik

Auf die Frage nach den **derzeit wesentlichen EU-Rechtsakten im Klimabereich** wurde angegeben, dass die Klimaambitionen im EU-EHS am stärksten angehoben werden müssten (55 %, 883 Mal höchster Rang), verglichen mit der Lastenteilungsverordnung und LULUCF.

Als die wichtigsten Instrumente zur Stärkung des **EU-EHS** nannten die Teilnehmer die Einführung einer Preispolitik (z. B. Mindestpreisuntergrenze) (24 %, 664 Teilnehmer), die Verringerung oder Abschaffung des Anteils der kostenlosen Zuteilungen (24 %, 658 Teilnehmer) sowie die Anhebung des linearen Kürzungsfaktors (23 %, 626 Teilnehmer). In Bezug auf die **kostenlose Zuteilung** vertraten die meisten Teilnehmer die Auffassung, dass der Anteil der der Industrie kostenlos zugeteilten EU-EHS-Zertifikate verringert werden sollte (60 %, 870 Teilnehmer).

Hinsichtlich der Ausweitung des **EU-EHS auf den Straßenverkehr und Gebäude** gaben die meisten Teilnehmer einer CO₂-Bepreisung, die andere sektorspezifische Politiken ergänzt, den Vorzug (64 %, 1009 Teilnehmer), und zwar hauptsächlich in Form einer CO₂-Steuer (64 %, 966 Teilnehmer). In den Sektoren Gebäude (32 %, 425 Teilnehmer) und Straßenverkehr (55 %, 733 Teilnehmer) zog eine große Anzahl der Teilnehmer einen einheitlichen CO₂-Preis in allen Mitgliedstaaten durch Einbeziehung der Sektoren in das EU-EHS vor, und eine überwiegende Mehrheit befürwortete für beide Sektoren eine Festsetzung des CO₂-Preises auf EU-Ebene.

Zu den übrigen Sektoren, die nach Auffassung der Teilnehmer in das EU-EHS einbezogen werden sollten, gehörte der **Seeverkehr** (41 %, 541 Teilnehmer). Bei einer Ausweitung des EU-EHS auf Gebäude und **Verkehr** sollten auch andere energiebezogene CO₂-Emissionen einbezogen werden (46 %, 676 Teilnehmer). Ähnliche Meinungen wurden für diesen Fall in Bezug auf Landwirtschaft (35 %, 557 Teilnehmer), Siedlungsabfälle (34 %, 550 Teilnehmer) und kleine Industrieanlagen (31 %, 494 Teilnehmer) geäußert.

Was die Herausforderungen und Chancen der Ausweitung des EU-EHS anbelangt, so wurde diese als die wichtigste Chance erachtet, um einen Beitrag zur Erreichung der Klima- und Umweltziele der EU zu leisten (51 %, 660 Teilnehmer stufen dies am höchsten ein), während als größte Herausforderung die gesellschaftliche Angemessenheit angesehen wurde (45 %, 539 Teilnehmer stufen dies am höchsten ein).

Zahlreiche Teilnehmer wussten nicht, welche **Rolle die Lastenteilungsverordnung** bei der Widerspiegelung ehrgeizigerer Klimaziele der EU spielen könnte, oder hatten keine Meinung dazu (40 %, 585 Teilnehmer). Diejenigen, die eine Meinung dazu hatten, befürworteten, das Gesamtziel der Lastenteilungsverordnung aus dem kosteneffizienten Beitrag im Vergleich zum EU-EHS und zu LULUCF abzuleiten (22 %, 328 Interessenträger) und fanden eher, dass CO₂-Emissionen aus unter die Lastenteilungsverordnung fallenden Sektoren weiterhin der Lastenteilungsverordnung unterliegen (18 %) statt davon ausgenommen werden sollten (9 %).

Die zuletzt in dem Fragebogen aufgegriffenen Klimarechtsvorschriften betrafen **LULUCF**. Im Allgemeinen gaben die Teilnehmer der Option den Vorzug, die Anrechnungs- und Verbuchungsvorschriften für LULUCF zu verschärfen (53 %, 437 Teilnehmer stufen dies am höchsten ein).

Unter den **EU-Rechtsinstrumenten im Energiebereich** betrachteten die Teilnehmer die Erneuerbare-Energien-Richtlinie als den Rechtsakt, der am stärksten überarbeitet werden muss, um höhere Klimaziele zu erreichen (30 %, 884 Teilnehmer).

In Tabelle 2 sind die Stellungnahmen zur Rolle verschiedener Sektoren bei der Verwirklichung höherer Klimaziele der EU zusammengefasst.

Tabelle 2. EU-Politiken zur Verwirklichung ehrgeizigerer Klimaziele nach den Präferenzen der Teilnehmer

Politikbereiche	Bevorzugte Beiträge nach Politikbereichen	Zustimmung der Teilnehmer (in % aller Antworten pro Frage; Anzahl der Teilnehmer)
Energie		
Höhere Zielvorgabe für den Anteil erneuerbarer Energien	Aufbau der notwendigen Infrastruktur zur Steigerung der Produktion	56 %, 718 (höchster Rang)
Höhere Zielvorgabe für Energieeffizienz	Strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Fahrzeugen	57 %, 667 (höchster Rang)
Energieinfrastruktur und Sektorintegration	Schwerpunkt auf Elektrizitätsübertragung und intelligente Netze	38 %; 862
Gebäude		
Gebäuderenovierung	Bessere Stadtplanung sowie Bau nachhaltiger Gebäude und grüner Infrastrukturen	9 %; 909
	Beseitigung des Hindernisses langer Amortisationszeiten	14 %; 830
Industrie		
Industrieller Wandel	Umsetzung von kreislauforientierten Wirtschaftsprozessen	48 %, 607 (höchster Rang)
Abfälle		
Abfallpolitik	Verbot der Deponierung von Abfällen und Begrenzung der Verbrennung mit Blick auf verstärktes Recycling	23 %; 860

Maßnahmen der EU und Einbeziehung von Drittländern in die Klimaschutzpolitik

Die Teilnehmer hielten die Länder der G20 und der G7 für die Gebiete, auf die sich die EU bei der **Klimadiplomatie und Zusammenarbeit** in den kommenden Jahren konzentrieren sollte (14 %, 839 Teilnehmer). Die Kreislaufwirtschaft und menschenwürdige Lieferketten waren der bevorzugte

Ansatz für **Entwicklungshilfe und Klimaschutzfinanzierung in Drittländern** (15 %, 842 Teilnehmer). Hinsichtlich der Verbesserung von **handels- und außenpolitischen Instrumenten** sprachen sich die Teilnehmer für Grenzmaßnahmen zur Vermeidung der Verlagerung von CO₂-Emissionen aus (16 %, 890 Teilnehmer).

In Bezug auf die **wichtigsten Ergebnisse, die auf der UNFCCC-Konferenz der Vertragsparteien (COP26)** erzielt werden sollten, setzten sich die Teilnehmer für die Fertigstellung des Regelwerks von Kattowitz ein, um das Übereinkommen von Paris vollständig in die Praxis umzusetzen (17 %, 951 Teilnehmer).

Ergänzende Angaben

Die Teilnehmer machten Anmerkungen zu beiden Teilen des Fragebogens, Teil I (47 %, 1883 Teilnehmer) und Teil II (14 %, 604 Teilnehmer). Zu den wichtigsten Themen der Teilnehmer gehörten die Bedeutung von Verhaltensänderungen und eine bessere Vermittlung von Wissen über den Klimawandel sowie die Dringlichkeit von ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen. Einige wenige Teilnehmer (2 %, 66 Teilnehmer) übermittelten Kommentare zum Wortlaut der Fragen und zur Struktur der Umfrage; davon kritisierten die meisten, der Fragebogen sei nicht neutral oder verwende tendenziöse Formulierungen.

3.4. Freie Beiträge und andere einschlägige Positionspapiere

Wichtigste Inhalte der ausgewerteten Papiere:

- Sie vertieften die im Fragebogen angesprochenen Themen;
- sie betrachteten eine breite Palette von Emissionsquellen, insbesondere **Verkehr** und Energie;
- die als „kritisch“ für den Übergang eingestuftem Technologien stimmten mit den als „wichtig“ erachteten Sektoren überein;
- einige hielten Änderungen bestehender Rechtsvorschriften für erforderlich: beispielsweise eine Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie II oder der Finanzierung von Energieeffizienztechnologien in Gebäuden;
- sie wiesen eine Reihe von Hindernissen für die Verwirklichung der Klimaziele aus, darunter Subventionen für fossile Brennstoffe, Wachstum des Luftverkehrs und unzureichende Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten.

Vorgeschlagene überarbeitete Ziele für 2030

Was die Zielvorgaben für 2030 anbelangt, so wurden die derzeitigen **THG-Emissionsziele für 2030** in einigen der ausgewerteten Papiere (17 %, 39 Papiere) als angemessen eingestuft, während sie in anderen (18 %,

42 Papiere) als zu niedrig bezeichnet wurden. In ganz wenigen (5 %, 12 Papiere) wurde angegeben, die Zielvorgaben seien zu hoch. Der größte Teil (60 %, 140 Papiere) enthielt diesbezüglich keine Stellungnahme.

In einigen ausgewerteten Papieren (9 %, 21 Papiere) wurde eine neue spezifische Zielvorgabe genannt, nach der die THG-Emissionen bis 2030 um 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren wären. Ein kleinerer Anteil der Papiere enthielt die Forderung nach einer höheren Reduktionsrate als 55 % (4 %, 10 Papiere) oder nach ihrer Anhebung auf 50 % (2 %, 5 Papiere).

Sektorale Abdeckung

In den ausgewerteten Positionspapieren wurden die beiden Sektoren **Verkehr** (19 %, 43 Papiere) und **Energie** (25 %, 58 Papiere) als die wichtigsten bezeichnet. In jedem Fall wurden in den Papieren wesentliche Maßnahmen zur Dekarbonisierung genannt, wie das Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor bis 2025, Verringerung des Luftverkehrs, Förderung von Niedrigemissionszonen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie der Ausstieg aus der Steinkohle und eine Anhebung des Anteils der Kernenergie. Auch zu folgenden Themen wurde Stellung genommen: **Energieeinsparungen bei Gebäuden** durch **Renovierung**, **Kreislaufprinzip** in der **Abfallwirtschaft**, Förderung einer umweltgerechten und gesunden Ernährung und Lebensmittelerzeugung, eine **grüne Wirtschaft**, die Menschen mit Behinderungen nicht im Stich lässt, und eine engere **zwischenstaatliche Zusammenarbeit**.

Wichtige sektorspezifische Maßnahmen, Mittel oder Technologien

In den Papieren wurden ferner Technologien in Sektoren hervorgehoben, die als kritisch für den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft eingestuft werden. In einigen Papieren (22 %, 52 Papiere) wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, aus der **Kohleenergie auszusteigen** und entweder zu Gas oder zu einer grünen Energiequelle überzugehen. In einer zweiten Gruppe (7 %, 17 Papiere) wurde die Notwendigkeit erwähnt, Projekte der **CO₂-Abscheidung und -Speicherung** zu fördern. In mehreren Papieren wurden Technologien in Verbindung mit dem **Verkehrssektor** als Schlüssel zur Verwirklichung der Ziele genannt, darunter alternative oder emissionsfreie Fahrzeuge, nachhaltige Kraftstoffe, Infrastruktur für sauberere Verkehrsträger und leichtere Fahrzeuge. In anderen Papieren (8 %, 18 Papiere) erörterten die Autoren die Notwendigkeit, ihren Sektor **energieeffizienter** zu machen; darunter waren fünf Papiere, in denen auf die Verarbeitung höherer Datenvolumen verwiesen wurde, um Maßnahmen auf eine fundierte Sachkenntnis zu basieren.

Änderungen der EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Klima und Energie

Ein Bündel von Beiträgen (19 %, 45 Papiere) befasste sich mit der **Rolle des EHS** bei der Förderung der Dekarbonisierung, wobei die Argumente sowohl für die Verschärfung als auch für die Lockerung der Grenzen gemischt waren, und plädierte für eine Ausweitung auf Gebäude und Verkehr. Andere (3 %, 7 Papiere) gingen auf die Rolle der **Erneuerbare-Energien-Richtlinie II** ein.

Hindernisse für die Zielerfüllung

Auch die Hindernisse für die Erreichung der Klimaziele wurden in einigen Papieren erörtert (38 %, 88 Papiere). Als größtes Hindernis wurden **Gesetzgebungsfragen** genannt (14 %, 32 Papier); die häufigsten Kommentare lauteten „*unwirksam*“ oder „*Strategie und Rahmen nicht klar*“. Andere Kommentare in Bezug auf schlechte Politikgestaltung nannten die Gefahr, dass die Gesetzgeber bei der Bekämpfung des Klimawandels „*zu selbstgefällig*“ seien (4 %, 10 Papiere). Außerdem wurde in vielen anderen Papieren hervorgehoben, mangelnder politischer Wille führe wahrscheinlich zu Untätigkeit. In einigen Papieren (5,2 %, 12 Papiere) wurde darauf hingewiesen, dass Subventionen für fossile Brennstoffe das Erreichen der THG-Emissionsziele beeinträchtigen dürften, während in anderen (3 %, 8 Papieren) festgestellt wurde, dass mangelnde finanzielle Unterstützung Fortschritte verhindern wird. Weitere angesprochene Themen waren: Wachstum des Luftverkehrs anstelle des Schienenverkehrs, unzureichende zwischenstaatliche Zusammenarbeit, Fortsetzung der Deponierung von nicht behandelten und von recycelfähigen Abfällen, gesellschaftliche Einstellung und mangelnde Sensibilisierung.